



Artikel publiziert am: 23.01.2013 - 10.32 Uhr

Artikel gedruckt am: 23.01.2013 - 17.29 Uhr

Quelle: <http://www.fehmar24.de/nachrichten/fehmar/keine-gueterzuege-durch-ostholstein-2713111.html>

## **Zwei Anträge der Allianz gegen eine Feste Fehmarnbeltquerung in die Arbeitsgruppe Raumordnungsverfahren überwiesen**

### **„Keine Güterzüge durch Ostholstein“**

OLDENBURG - nic - „Das Dialogforum sollte hier und jetzt beschließen, die verantwortlichen Politiker und die Vorhabenträger aufzufordern, das Raumordnungsverfahren und damit auch die Planungen zur Festen Fehmarnbeltquerung und auch zur Hinterlandanbindung so lange zu stoppen, bis zweifelsfrei feststeht, dass die Zerstörung und Verlärmung unserer Landschaft, das Vertreiben der Touristen, die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die durch Lärm krank werdenden Menschen für Ostholstein ein Mehrwert sind und unsere heimische Wirtschaft nachhaltig wachsen lässt.“

Susanne Brelowski, Sprecherin der Allianz gegen eine Feste Fehmarnbeltquerung, stellte in jüngster Sitzung des Dialogforums Feste Fehmarnbeltquerung den Antrag, dass das Dialogforum die Bürger aufrufen soll, sich am Raumordnungsverfahren „mit einem ganz klaren Nein“ zu beteiligen: „Keine Güterzüge durch Ostholstein!“, forderte sie.

Die Vorhabenträger Femern A/S, Bahn und Ministerium sollten im Zusammenhang mit der Festen Fehmarnbeltquerung eine schlüssige Bedarfsanalyse, eine vernünftige Nutzen-Kosten-Analyse oder nachvollziehbare Zukunftsperspektive liefern. Dahingehend habe sie jedoch nichts gehört. Stattdessen gingen die Planungen für das Vorhaben weiter. Im September vergangenen Jahres habe die Allianz gefordert, das Dialogforum zu einem Selbstverteidigungsinstrument der betroffenen Bürger, der Region und zu einem Forum einer sinnvollen Zukunftsgestaltung zu machen, erinnerte Susanne Brelowski. „Der Stuhlkreis, der der vorformulierten Zusammenfassung von noch nicht stattgefundenen Dialogen durch Schweigen seine Zustimmung verleiht, muss endlich zu einem Gremium werden, das diese unsinnige Planung hinterfragt und schlüssige Antworten von den Vorhabenträgern und Befürwortern verlangt“, forderte Susanne Brelowski.

Das Raumordnungsverfahren mit sofortiger Wirkung zu stoppen beziehungsweise zu unterbrechen forderte auch ihr Allianz-Kollege Michael Bonne. Die den Planfall null mit heranziehenden Gutachten müssten von der Bahn aktualisiert werden. Der Planfall null werde im Trassenvergleich und Gutachten, wie zum Beispiel dem Schallgutachten, mit herangezogen. Als Planfall null werde die theoretisch abzuwickelnde Anzahl von Zügen bezeichnet, die mit Dieseltraktion und Fertigstellung der Beltquerung ohne weiteren Ausbau der Bestandsstrecke abgewickelt werden könne. „Dieses Szenario und die daraus zu schließenden Schlussfolgerungen wären andere, wenn der Planfall null nur mit verringertem Volumen abgewickelt werden könnte. Auch wenn seitens der Bahn und des Bundesverkehrsministeriums im Dialogforum auf die gesetzliche Verpflichtung des Vergleichs mit dem Planfall null hingewiesen worden sei – die Brücke trage den Planfall null nicht, und aus Sicht der Allianz dürften diese Gutachten dann auch nicht zum Raumordnungsverfahren genutzt werden.“

Beide Anträge der Allianz wurden durch Sprecher Dr. Christoph Jessen zur Prüfung an die Arbeitsgruppe Raumordnungsverfahren unter der Leitung von Ratekaus Bürgermeister Thomas Keller verwiesen. Das Raumordnungsverfahren, ein gesetzlich vorgeschriebenes Instrument, sei eingeleitet. Der Antragsteller habe ein Recht darauf, dass das Raumordnungsverfahren zu Ende geführt werde, so Staatssekretär Dr. Frank Nägele aus dem Ministerium für Wirtschaft und Verkehr.

---

Artikel lizenziert durch © fehmar24

Weitere Lizenzierungen exklusiv über <http://www.fehmar24.de>